



SP verlangt eine Währungspolitik im Interesse des Arbeitsplatzes und der KonsumentInnen

Ausgangslage:

Die Franken-Stärke werde so lange anhalten, bis sich am Markt die Überzeugung durchsetzt, dass die Schweizer Wirtschaft aufgrund eben dieser Stärke in eine Rezession tauchen könnte, erklärte diese Woche der UBS-Chefökonom Schweiz, Daniel Kalt¹. Ähnlich skandalös die Behauptung von Economiesuisse-Präsident Gerold Bühler, wonach man gegen den hohen Frankenkurs nichts machen könne: „Ausser den Goodwill, die Interessen des Landes voranzustellen, gibt es keine technischen Wunderwaffen“².

Die Fakten sind: Der Schweizer Franken hat mit einem Wechselkurs von unter 1.25 Fr./Euro gegenüber dem Euro neue Rekordwerte erreicht. Gegenüber dem Dollar bewegt sich der Franken seit Ende September 2010 unter Parität und zeitweise unter 0.94 Franken. Gewichtet nach den jeweiligen Exportanteilen hat sich der Franken seit Anfang 2009 über 10 Prozent aufgewertet. Seit 2007 betrug die Aufwertung sogar mehr als 20 Prozent. Als ausgeglichener Franken-Euro-Wechselkurs gilt allgemein die Bandbreite von 1.45 bis 1.50 Franken. Gemäss ökonomischen Modellsimulationen führt eine Aufwertung des Frankens gegenüber allen anderen Währungen von 10 Prozent zu einem Verlust von rund 100'000 Stellen³. Diese Arbeitsplätze können nur gerettet werden, wenn die Schweizerische Nationalbank und die Politik Gegensteuer geben und den Spekulanten an den Finanzmärkten die Stirn bieten.

Nur weil diese extreme Währungsentwicklung in den schweizerischen Exportstatistiken noch nicht im zu erwartenden Ausmass Spuren hinterlassen hat, bedeutet das keineswegs eine Entwarnung: Die wirtschaftlichen Schäden dieser Überbewertung werden nicht sofort, dafür umso nachhaltiger in Erscheinung treten. Gefährdet sind gegen 100'000 Arbeitsplätze in den Exportindustrien, dazu gehört auch der Tourismus. Hält die Situation an, werden verschiedene Unternehmen, die bei einem den realwirtschaftlichen Gegebenheiten entsprechenden Wechselkurs konkurrenzfähig sind, Personal entlassen oder gar schliessen müssen. Ein Beispiel dafür ist die Buchbinderei Schumacher in Schmitthen (FR), die kurz vor Jahresende fast einen Drittel der Belegschaft wegen der Währungssituation auf die Strasse stellen musste⁴. Anderorts dürfte die Produktion ins Ausland verlagert werden. Diese Arbeitsplätze werden bestenfalls nur langsam zurückkommen, wenn sie denn nicht für immer verloren sind. Swatch-Chef Nick Hayek äussert sich diesbezüglich sehr deutlich: „Wir müssen jetzt Gegensteuer geben, Stopp sagen und etwas gegen den starken Schweizer Franken machen“⁵.

Die SP ist angesichts der bürgerlichen Mutlosigkeit und des absoluten Unwillens in Alternativen zu denken empört. Die SP verlangt darum, dass der Bundesrat und die Schweizerische Nationalbank (SNB) umgehend verschiedene bekannte und keineswegs utopische Massnahmen zur Bekämpfung des starken Frankens zum Schutz des Arbeitsplatzes ohne Scheuklappen im Detail prüft.

¹ „Wie es mit dem Franken weitergeht“. Tages-Anzeiger, 11.1.2011

² „Keine Wundermittel gegen starken Franken“. SR Rendez-vous am Mittag, 10.1.2011

³ „Keine spekulative Überbewertung des Frankens auf Kosten der Arbeitnehmenden“. Vortrag Daniel Lampart Parlamentarische Gruppe für Arbeit, 30.11.2010

⁴ „Aderlass bei wichtigstem Arbeitgeber im Sensebezirk“. Neue Zürcher Zeitung, 6.12.2010

⁵ „Nick Hayek warnt vor zu starkem Franken“. SF Tagesschau Hauptausgabe, 3.1.2011

Massnahmen:

1. Stopp der Spekulation

Der Bundesrat und die SNB müssen die verschiedenen Massnahmen zur Begrenzung der Spekulation auf einen starken Franken umgehend prüfen. In den 1970er Jahren haben sie die Devisengeschäfte stark eingeschränkt. Die SNB hatte damals wegen der Wechselkursstürbulenzen mit den Schweizer Banken und ihren ausländischen Filialen ein Gentlemen's Agreement abgeschlossen: Diese verpflichteten sich, nicht gegen den Franken zu spekulieren.

Die SP verlangt darum vom Bundesrat eine Neuauflage und Ergänzung des Gentlemen's Agreements von 1976. Konkret hatten sich die Schweizer Banken in der damaligen Währungskrise verpflichtet, ihre Filialen und Tochtergesellschaften im Ausland anzuweisen, «offensichtlich spekulative Transaktionen gegen den Franken zu unterlassen».

Die Ablehnung eines solchen Abkommens durch die Grossbanken mit der Begründung, sie würden angesichts der schärferen Eigenmittelanforderungen gar nicht über die Mittel zur Spekulation verfügen, ist entlarvend. Wenn seitens der Schweizer Banken wirklich nicht auf einen sinkenden Euro und einen sinkenden Dollar spekuliert wird, spricht auch nichts gegen eine solche Vereinbarung.

Die SP verlangt weiter von der SNB die Prüfung von punktuellen Einschränkungen des Kapitalverkehrs zur Eindämmung der Währungsspekulation. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat Anfang Januar 2011 erklärt, dass die entsprechenden Massnahmen in Brasilien und Indien durchaus berechtigt sind, um grossen Kapitalzufluss aus dem Ausland zu limitieren⁶.

2. Unternehmen müssen Währungsvorteile beim Einkauf weiter geben

Wenn Euro und Dollar in den letzten Monaten gegenüber dem Franken massiv an Wert verloren haben, dann profitierten davon auch alle jene Unternehmen, die ihre Produkte oder Rohstoffe und Halbfabrikate im Ausland einkaufen. Grösstenteils sind diese Vorteile nicht an die schweizerischen Konsumentinnen und Konsumenten sowie Unternehmen weitergegeben worden, sondern haben die Gewinnmargen der Importeure und Verteiler verbessert. Die Hochpreisinsel-Barrieren und die fehlende Transparenz machen es möglich.

Die SP fordert den Bundesrat und insbesondere Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann auf, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit Unternehmen ihre Kursgewinne beim Wareneinkauf offen legen und an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergeben müssen.

3. Zinsen weiter runter – auch unter null

Die SNB darf die Zinsen momentan keinesfalls erhöhen, da sie sonst noch mehr ausländisches Geld anlockt. Im Gegenteil kann das geltende Zielband für den Leitzins (3-Monats-Libor) noch gesenkt werden.

⁶ "IMF: India, Brazil Capital Controls May Be Appropriate." Wall Street Journal, 6.1..2011

Die SP appelliert an die SNB, zur Verhinderung einer durch den Frankenkurs induzierten Rezession bis auf weiteres eine Nullzinspolitik zu verfolgen. Gleichzeitig müssen die Kriterien der Kreditvergabe im Hypothekarmarkt verschärft werden, damit die Tiefzinspolitik keine Immobilienblase auslöst.

Die SP verlangt weiter, dass wie in den 1960er und 1970er Jahren Negativzinsen geprüft werden. Damals wurde basierend auf mehreren Verordnungen unter anderem die Verzinsung auf Frankenanlagen von ausländischen Investoren verboten und die Möglichkeit einer Erhebung von Negativzinsen von bis zu 10 Prozent pro Vierteljahr geschaffen. Die SNB kam später zum Schluss, dass dank der damals ergriffenen Massnahmen der Aufwertungsdruck nachliess.

4. SNB muss vernünftiges Währungsziel verteidigen

Zusätzlich muss die SNB den starken Franken über geldpolitische Lockerungen bekämpfen. In einer Volkswirtschaft mit einer konvertiblen Währung und einem freien Kapitalverkehr kann der Wechselkurs der eigenen Währung nur dann wirklich beeinflusst werden, wenn die Notenbank auch bereit ist, die Auswirkungen von Interventionen auf dem Devisenmarkt auf die inländische Geldpolitik zu tragen. Das kann unter Umständen auch einen beschränkten Anstieg der Inflation bedeuten. Dieses Risiko ist allerdings momentan sehr gering, insbesondere wenn die Barrieren zum Schutz der Hochpreisinsel entschieden bekämpft werden.

Wer den Spekulationen an den Märkten die Stirn bieten will, muss über einen dazu ausreichenden Vorrat an Devisen verfügen und glaubhaft machen können, dass man bereit ist, diesen Devisenvorrat auch einzusetzen. Die Schweiz verfügt über die nötigen Devisenreserven, doch es fehlte bisher der Wille, das Vorhaben auch durchzuziehen. Und sobald die Marktakteure spüren, dass einer Notenbank der Mut fehlt, werden sie alle Massnahmen unterlaufen. Das zeigen die vergangenen Wochen.

Um einen Wechselkurs effektiv zu beeinflussen, braucht es Interventionen auf dem Devisenmarkt, deren Erfolgchancen durch die Koordination mit den anderen Notenbanken erhöht werden kann. Oft hilft bereits die glaubhafte öffentliche Ankündigung des Notenbankpräsidenten einer Kursverteidigung, um eine Trendwende herbeizuführen. So führte beispielsweise im Herbst 2010 die Ankündigung der amerikanischen Notenbank, die Geldmenge nochmals deutlich auszuweiten, bereits zu einer Wiederaufwertung des Euros gegenüber dem Dollar.

Entgegen den Aussagen der angelaufenen Kampagne von Economiesuisse gegen staatliche Marktinterventionen wird mit konzertierten Interventionen der Notenbanken nicht Volksvermögen verspielt, sondern im Interesse des Arbeitsplatzes mit von der SNB selbstgeschöpftem Geld Übertreibungen des Marktes korrigiert. Die dazu notwendigen Milliardenbeträge sind nicht zu vergleichen mit den 68 Milliarden Franken, die zur Rettung der UBS real von Bund und SNB (und somit von den Steuerzahlenden) eingesetzt werden mussten. Ein Teil dieses Risikos tragen im Übrigen noch immer die Bürgerinnen und Bürger mit dem StabFund der SNB.

Die SP appelliert an die SNB, mit nicht sterilisierten Marktoperationen die Geldmenge auszuweiten, bis das Kursverhältnis zum Euro auf ein realwirtschaftlich gerechtfertigtes Kursniveau von mindestens 1.40 Franken sinkt. Die SNB hat den Auftrag, Preisstabilität zu gewährleisten und die Konjunkturentwicklung zu berücksichtigen. Weil der Frankenkurs einen starken Einfluss auf die Teuerung und die Konjunktur in der Schweiz hat, ergibt sich daraus auch der Auftrag, gegen starke Wechselkurschwankungen zu intervenieren.

5. Franken-Anbindung an den Euro zur Stabilisierung prüfen

Das eindeutigste Signal an die Märkte ist temporär eine fixe Anbindung des Frankens an den Euro mit einem klar kommunizierten Kursziel bzw. Kursband. Ein solcher Schritt schränkt zwar die Autonomie der SNB ein, aber garantiert gleichzeitig der Exportwirtschaft die nötige Stabilität. Eine solche Anbindung wäre keineswegs ein Sonderfall, da verschiedene Staaten ausserhalb der Eurozone wie beispielsweise Dänemark mit einem solchen Wechselkursziel Währungsturbulenzen erfolgreich verhindern.

Die SP fordert die SNB auf, die Einführung eines Euro-Kursbandes oder eine temporär fixe Anbindung des Frankens an den Euro zu prüfen. Die damit verbundenen kurzfristigen Risiken müssen zugunsten der Vorteile eines stabilen Währungsumfeldes für den Werkplatz Schweiz abgewogen werden.